



Tobias Schweitzer

Die europäischen Parteien und ihre Finanzierung durch die Europäische Union

Schriften zum Europäischen Recht, Band 166

Tab., 348 Seiten, 2014

Print: <978-3-428-14439-6> € 69,90

E-Book: : <978-3-428-54439-4> € 62,90

Print & E-Book: : <978-3-428-84439-5> € 83,90

Auf europäischer Ebene werden politische Parteien seit dem Jahr 2004 durch die Europäische Union subventioniert. Damit entstand im Unionsrecht ein neues Rechtsgebiet, das dem deutschen Verfassungsjuristen schon hinlänglich bekannt ist: das Recht der öffentlichen Parteienfinanzierung. Was im nationalen Rahmen zu heftigen Diskussionen führt, findet auf europäischer Ebene jedoch weit weniger Beachtung. Genau an diesem Punkt setzt die Untersuchung an und nimmt dabei sowohl grundsätzliche Erwägungen einer europäischen Parteienfinanzierung als auch ihre tatsächliche Entwicklung in den Blick. Wie entwickelten sich die europäischen Parteien und ihre Finanzierung? Darf der Ordnungsgeber europäische Parteien überhaupt finanzieren, ist eine solche Finanzierung sinnvoll oder muss er sie gar subventionieren? An welchen Prinzipien muss sich eine europäische Parteienfinanzierung orientieren und hat sich der Ordnungsgeber durch Erlass der Parteienverordnung an diese Vorgaben gehalten?

Inhalt

§ 1 Einleitung

§ 2 Historische Entwicklung europäischer Parteien, ihrer Finanzierung und Regulierung

Zur historischen Entwicklung europäischer Parteien, ihrer derzeitigen Organisation und Einnahmen — Entwicklung der Parteienfinanzierung — Tatsächliche Entwicklung der Finanzhilfen der Union sowie der Einnahmen der Europaparteien

§ 3 Grundprobleme einer öffentlichen Finanzierung politischer Parteien auf europäischer Ebene

Zulässigkeit öffentlicher Finanzhilfen an europäische Parteien — Chancen und Gefahren einer öffentlichen Finanzierung von europäischen Parteien — Pflicht zu einer öffentlichen Finanzierung

§ 4 Parteienrechtliche Grundprinzipien im Europarecht

Grundsatz der Parteienfreiheit — Prinzip der Chancengleichheit — Recht der Bürger auf gleiche Teilhabe an

der politischen Willensbildung — Grundsatz der Öffentlichkeit

§ 5 Europarechtlicher Parteienbegriff als Voraussetzung einer Finanzierung

Begriffsbestimmung des Art. 2 VO — Voraussetzungen des Art. 3 Abs. 1 VO

§ 6 Grenzen und Verteilungskriterien der öffentlichen Mittel

Obergrenzen — Erfolgsabhängige öffentliche Finanzierung — Sockelbetrag

§ 7 Verfahren zur Festsetzung der öffentlichen Mittel

Gewährung der öffentlichen Mittel — Nachprüfung der Parteieigenschaften nach Art. 5 VO

§ 8 Zusammenfassung

Literaturverzeichnis

Sachverzeichnis

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030/790006-0 · werbung@duncker-humblot.de · verkauf@duncker-humblot.de

www.duncker-humblot.de